



Landeshauptstadt München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung
Blumenstraße 28b, 80331 München

**Stadtplanung
PLAN-HAII-11**

Blumenstraße 28b
80331 München
Telefon: 089 [REDACTED]
Telefax: 089 [REDACTED]
Dienstgebäude:
Blumenstr. 28 b
Zimmer: [REDACTED]
Sachbearbeitung:
[REDACTED]
plan.ha2-11@muenchen.de

An den Vorsitzenden des
Bezirksausschusses 12
Schwabing-Freimann
Herrn Patric Wolf
Marienplatz 8
80331 München

Ihr Schreiben vom

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Datum
20.10.2023

Anhörung von und durch Nachbargemeinden bei Planungen (B-Plan; Planfeststellung)

BA-Antrags-Nr. 20-26 / B 05792 des Bezirksausschusses
des Stadtbezirkes 12 - Schwabing-Freimann vom 25.07.2023

Sehr geehrter Herr Wolf,

der o.g. Antrag des Stadtbezirkes 12 Schwabing-Freimann wurde dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung zur federführenden Bearbeitung zugeleitet.

Darin wird die Stadt München

- um Auskunft gebeten, weshalb die in den vergangenen Legislaturperioden gelebte Praxis der Beteiligung von jeweils an den betroffenen Stadtteil angrenzenden Nachbargemeinden bei Planungsvorhaben auf dem Gebiet der Stadt München nicht mehr stattfindet. Gleiches gilt für Planungsvorhaben der Nachbargemeinden und damit eine entsprechende Anhörung im jeweils räumlich nächsten BA (siehe im Folgenden unter 1.).
- zudem gebeten, in Zukunft wieder die Nachbargemeinden im Umgriff des Stadtbezirks bei Planungsvorhaben anzuhören, die diese (auch nur mittelbar) betreffen könnten (siehe im Folgenden unter 2.).

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung nimmt dazu wie folgt Stellung:

Zu 1.:

Bundesweit sind alle Gemeinden verpflichtet, Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden, bereits frühzeitig von der geplanten Aufstellung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen zu unterrichten (§ 4 Abs.

1 BauGB). Im weiteren Verfahrensverlauf holen die Gemeinden eine Stellungnahme der vorgenannten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Planentwurf und der Begründung ein; Rechtsgrundlage dazu ist § 4 Abs. 2 BauGB.

Die Beteiligung der von Bauleitplanungen der Landeshauptstadt München berührten Nachbargemeinden erfolgt im Rahmen dieser Verfahrensschritte nach § 4 Abs. 1 und Abs. 2 BauGB.

Dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung ist nicht bekannt, dass in der vergangenen Legislaturperiode diese Beteiligungsschritte nicht mehr durchgeführt wurden. Vielmehr erfolgte die gesetzlich vorgesehene Beteiligung der in ihren öffentlichen Belangen berührten Nachbargemeinden regelmäßig, d.h. auch im Bereich der Nachbargemeinden Oberschleißheim, Garching und Unterföhring.

Im umgekehrten Fall sind auch die Münchner Nachbargemeinden nach § 4 Abs. 1 und Abs. 2 BauGB verpflichtet, bei eigenen Bauleitplanungen die Landeshauptstadt München zu beteiligen, soweit durch deren Planungen Aufgabenbereiche der Landeshauptstadt München berührt werden.

Die aus diesen Gemeinden eingehenden Unterrichtungen bzw. Aufforderungen zur Stellungnahme werden wiederum von der Hauptabteilung I Abteilung 3 (Regionales) des Referates für Stadtplanung und Bauordnung gesichtet. Soweit eine tatsächliche Betroffenheit der Landeshauptstadt München aus den jeweiligen Bauleitplanungen der Nachbargemeinden ersichtlich ist, werden neben einzelnen Referaten des Landeshauptstadt München nach wie vor unverändert die benachbarten Bezirksausschüsse der jeweiligen Gemeinde durch die o.g. Hauptabteilung I Abteilung 3 (Regionales) beteiligt, damit die Belange der Landeshauptstadt München eingebracht werden können.

Ansprechpartnerin für detaillierte Fragen zu einer Beteiligung an Planungsvorhaben von Nachbargemeinden ist die Abteilung 3 (Regionales) HA I des Referats für Stadtplanung und Bauordnung unter plan.regionales@muenchen.de.

Zu 2.:

Wie unter Ziffer 1 dargestellt, ist jede Gemeinde gesetzlich verpflichtet, die entsprechenden Nachbargemeinden, die durch die Planung berührt werden können, zu beteiligen. Dies erfolgt regelmäßig immer dann, wenn eine Betroffenheit festgestellt werden kann.

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung ist dieser Verpflichtung in ihrer Funktion als Gemeinde stets nachgekommen und wird dies auch in Zukunft tun.

Dem Antrag Nr. 20-26 / B 05792 kann nach Maßgabe der vorstehenden Ausführungen entsprochen werden. Er ist damit behandelt.

Mit freundlichen Grüßen

■■■
■■■■
■■■■■■■■■■